

Handelsblatt

LANDTAGSWAHL

Wähler machen Linke zur stärksten Kraft und setzen Berliner GroKo unter Druck

von: Dietmar Neuerer

Datum: 27.10.2019 22:54 Uhr • Update: 28.10.2019, 00:09 Uhr

Die CDU und SPD verzeichnen teils herbe Verluste, die AfD legt deutlich zu. Erste Stimmen fordern bereits Konsequenzen auf Bundesebene.

Wahlsieger Ramelow: „Ich habe unbestritten den Regierungsauftrag“

Berlin. Bei der Landtagswahl in Thüringen hat die Linkspartei um den amtierenden Ministerpräsidenten Bodo Ramelow einen klaren Wahlsieg eingefahren. Die Linke erreichte nach Auszählung aller Stimmen 31 Prozent der Stimmen. Sie ist damit erstmals in einem Bundesland stärkste Kraft.

Die CDU von Spitzenkandidat Mike Mohring sackte auf 21,8 Prozent (2014: 33,5) – ein Minus von knapp zwölf Prozentpunkten. Die AfD, die in Thüringen vom Wortführer des rechtsnationalen Flügels,

Björn Höcke, geprägt wird, sprang von 10,6 auf 23,5 Prozent.

Die SPD verlor erneut bei einer Wahl und landete in Thüringen auf dem neuen Tiefstand von 8,2 Prozent (12,4). Die Grünen lagen bei 5,2 Prozent (5,7). Die FDP kam auf 5,0 Prozent (2,5) und schaffte damit den Einzug in den Landtag denkbar knapp. Eine Fortsetzung des rot-rot-grünen Regierungsbündnisses ist damit trotz des Erfolgs der Linken unmöglich. Die erforderliche Mehrheit von 46 Sitzen wurde verfehlt.

Rein rechnerisch sind demnach drei Koalitions-Optionen möglich: Rot-Rot-Grün käme zusammen mit der FDP auf eine knappe Mehrheit (47 Sitze). Ebenfalls rechnerisch eine Mehrheit hätten Linke und CDU (50 Sitze) sowie Linke und AfD (51 Sitze). Alle Konstellationen sind jedoch politisch schwierig und waren vor der Wahl teils ausgeschlossen worden.

THEMEN DES ARTIKELS



Die CDU, die zuvor seit 1990 stets die meisten Stimmen bekommen hatte, stürzte auf ihr schlechtestes Ergebnis. Diese Bruchlandung sorgt jetzt schon für Diskussionen – wie auch das schlechte Abschneiden der SPD.

Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, forderte nach der herben Schlappe für die Parteien der Großen Koalition Konsequenzen im Bund. Die GroKo habe „Geschenke mit der Gießkanne verteilt“ und sei dennoch „so unbeliebt wie keine Regierung zuvor“, sagte Steiger dem Handelsblatt.

„Ein Weiter-so in Berlin nach all den vielen negativen Signalen bundesweit durch die Bürgerinnen und Bürger ist nicht verantwortungsvoll für unser Land und die tragenden Parteien der Großen Koalition“, mahnte er. Dieses Ergebnis könne von der Bundesregierung nicht mehr übergangen und ignoriert werden.

Auch der Unionsfraktionschef Friedrich Merz forderte die CDU auf, auf das Wahlergebnis angemessen zu reagieren. Den Ausgang der Wahl „kann die CDU nicht mehr ignorieren oder einfach aussitzen“, schrieb Merz am Sonntagabend auf Twitter. „Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte haben CDU, SPD, FDP und Grüne zusammen in einem Parlament keine Mehrheit mehr.“ Wenn es zwischen diesen Parteien keine wahrnehmbaren Unterschiede mehr gebe, wichen die Wähler aus – nach links und nach rechts.

Nach der Landtagswahl in Thüringen wird die Regierungsbildung schwierig. Ministerpräsident Bodo Ramelow hat mit den Linken zwar deutlich gewonnen, kann aber mit SPD und Grünen nicht wie bisher weiter regieren. CDU-Spitzenkandidat Mike Mohring schloss nun eine Zusammenarbeit mit den Linken nicht grundsätzlich aus. Sollte sich die CDU Ihrer Meinung nach darauf einlassen?

- Die CDU sollte eine Koalition oder Duldung nicht ausschließen
- Die CDU sollte eine Koalition ausschließen, sich aber auf eine Duldung einlassen
- Die CDU sollte sich weder auf eine Koalition noch auf eine Duldung einlassen
- Weiß nicht/keine Angabe

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sagte in der ARD, das Ergebnis sei „natürlich nicht schön“ für seine Partei. Die Sozialdemokraten müssten nun ihre Verantwortung wahrnehmen und prüfen, was möglich sei und was nicht. Er betonte, dass die AfD nicht an einer Regierungsbildung beteiligt werden dürfe.

ANZEIGE



INTERVIEW

Wie Künstliche Intelligenter

Der Kunde profitiert, wenn Versicherungen helfen, En

Mehr

Der Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst glaubt, dass nun die „Fliehkräfte“ in der SPD größer werden könnten. Angesichts der Verluste für die beiden GroKo-Parteien stelle sich im Bund zudem die Frage, „wie und mit wem diese die Zukunft gestalten wollen, um auch in Zukunft regierungsfähig zu bleiben oder wieder zu werden“, sagte Probst dem Handelsblatt.

Die Lage für die etablierten Parteien in Ostdeutschland ist schon seit Langem alles andere als

einfach. „Im Osten bedarf es durch die Stärke der AfD des letzten Aufgebots demokratischer Parteien, um eine Regierungsfähigkeit herzustellen“, sagte Probst.

In Sachsen und Brandenburg entstehen neue Kenia-Koalitionen aus CDU, SPD und Grünen. Der Thüringer CDU-Spitzenkandidat Mike Mohring hatte vor der Wahl eine Simbabwe-Koalition mit SPD, Grünen und FDP ins Spiel gebracht, um Ramelow abzulösen. Doch selbst für dieses Viererbündnis gibt es keine Mehrheit.

Mohring sagte am Abend, das Fehlen von Mehrheiten in der Mitte verlange nach neuen Antworten. „Zunächst heißt es, klug zu überlegen, was ist für unser Land wichtig, und wie können wir unsere Demokratie stabilisieren.“

Bislang hatte er ein Bündnis mit der Linken ausgeschlossen. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak bekräftigte am Abend: „Unser Wort gilt nach den Wahlen genau wie wir es vor den Wahlen gesagt haben: Es wird keine Koalition der CDU mit der Linkspartei oder der AfD geben.“

Der frühere Landes- und Fraktionschef der brandenburgischen CDU, Ingo Senftleben, forderte seine Partei dagegen zu Gesprächen mit der Linkspartei auf, um eine Blockade im Land zu verhindern. „Denn ideologische Gräben wollen die Menschen nicht, deshalb sollten Linke und CDU auch Gespräche führen können“, sagte Senftleben dem Handelsblatt.

„Der Osten wählt anders“

Alle Gedankenspiele zeigen für Probst, dass Wahlen in Ostdeutschland schwer zu kalkulieren sind: „Der Osten wählt anders.“ Das habe historische Gründe, liege aber auch an der Orientierung des Wählerverhaltens an Personen und nicht an Parteien. Dies erkläre auch die Sympathien für den Thüringer Ministerpräsidenten. „Ramelow könnte genauso gut ein pragmatischer SPD-Ministerpräsident sein, der die ostdeutsche Seele streichelt“, sagte Probst.

Großer Gewinner der Wahl ist aber AfD-Spitzenkandidat Björn Höcke. Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg liegt für Probst auf der Hand: „Die AfD ist im Osten eine regional verankerte Volkspartei, die auch nicht nur Protestwähler anzieht, sondern eine Gefolgschaft von überzeugten Parteianhängern mobilisiert.“

Auch eine mögliche Beobachtung von Teilen der Partei durch den Verfassungsschutz wirke auf diese nicht abschreckend. „Sie wollen, dass eine Partei wie die AfD in den Parlamenten sitzt, damit ihre Interessen und Meinungen Gehör finden.“

Mehr: Die Landtagswahl in Thüringen zeigt: Die etablierten Parteien finden kein Mittel gegen die AfD – und deren rechtsextremer Flügel wird weiter gestärkt.

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.